

BÜRGERTREFFEN

Fjerkræ bangt um seine Zukunft



RUTH NIELSEN

Lokalredakteurin

18. Januar 2019 Quars/Kværs

Zuletzt aktualisiert um: 08:31 Uhr



Aase Nyegaard (M.) im Gespräch mit Gunder Jensen (Fjerkræ)

Foto: Privat

Bürgertreffen zur Biogasanlage im Avntoftvej in Quars: Die Bürger sorgen sich um Geruch und um sogenannte weiche Verkehrsteilnehmer.

Da lag Aase Nyegaard (L) mit ihrer Vermutung richtig, als sie die knapp 100 Bürger im Kværs Kro am Mittwoch begrüßte. Es ging um die von Nature Energy (NGF) geplante Biogasanlage im Avntoftvej (Investition von 250-300 Mio.). „Es kommen sicher Fragen zum Geruch und Verkehr.“ Das stimmte, aber auch der Standort wurde diskutiert. Gunder Jensen, Aufsichtsratsvorsitzender von Gråsten Fjerkræ, bangte um die Zukunft seines Unternehmens. Die in Lastwagen transportierte Biomasse würde Salmonellen beinhalten. Damit bestehe das

Risiko der Ansteckungsgefahr.

Das war neu für Morten Gyllenborg von NGF: „Das habe ich noch nie gehört, dass das passieren kann. Es gibt Biogasanlagen, die in der Nähe von Lebensmittelfirmen stehen.“ Nichtsdestotrotz wurde die Bemerkung notiert. Denn alle Ideen/Anregungen des Abends fließen in die Ideenphase ein, die am 30. Januar endet. Gunder Jensen kritisierte wie auch andere zudem den Standort im Avntoftvej. Die Lastwagen müssten an den Institutionen vorbeifahren, auf einer Straße ohne Radweg. Er empfahl einen Bau in Kværsløkke, praktisch direkt an der Autobahn gelegen.

Niels Nielsen von der Dorfgilde begrüßte die Biogasanlage, schaffe sie doch Arbeitsplätze auf dem Land. Weniger begeistert war er vom Lieferverkehr an Institutionen vorbei. Wird der Umweg über Søgård (9 km) genommen, bedeutete das 120.000 Kilogramm CO₂-Ausstoß im Jahr. Daher schlug er einen weiteren und damit direkteren Autobahnzubringer vor. Es gab dafür Applaus, und doch, kaum einer glaubte, dass die Straßenbehörde dem zustimmen würde. Wenn alle zehn Minuten ein Lastwagen seine Ladung ablädt, würde das im Jahr einen Verbrauch von 450.000 Litern Diesel bedeuten. Wie passe das zur Vision der Kommune, 2029 CO₂-frei zu sein? Und dazu, dass Biogas CO₂-frei ist?

Lastwagen mit Biogas tanken

Morten Gyllenborg erklärte, dass der Transport in die CO₂-Rechenschaft einbezogen sei. Zudem arbeite NGF daran, die Lastwagen mit Biogas zu betanken. Die Anlage werde 60.000 Tonnen CO₂ im Jahr einsparen.

Mehrere Zuhörer hatten den neuen Betrieb in Korskro besucht und sich über den Gestank gewundert. Morten Gyllenborg räumte ein, dass es in der Einlaufphase unangenehm riechen könne, danach wären die Anlagen sie geruchsfrei. Das bestätigte Bürgermeister Erik Lauritzen zwar, der auch bestehende Anlagen besichtigt hat, aber, so Troels Schmidt, unmittelbarer Nachbar der Anlage, „wie lange dauert es, bis sie eingefahren ist? Eine Woche? Einen Monat oder länger? Meine Kinder sollen nicht durch den Geruch krank werden. Was ist mit Wertminderung des Hauses?“, sagte er zum Hauskauf vor ein paar Jahren, das er für zwei Millionen modernisiert hat.

Lotte Weesgaard von der Beraterfirma Niras suchte zu beschwichtigen. Niras erarbeitet den Bericht zu Umweltkonsequenzen. Der Grenzwert für Biogasanlagen liegt bei 5 bis 10 Geruchseinheiten. Ein Wald hat 50, Gülle auf dem Feld 100, ein Schweinestall 1.000 bis 3.000

Einheiten. Ein Zuhörer fragte, ob die Landwirte überhaupt die Menge Biomasse liefern könnten, und verwies auf Klipleff, wo ebenfalls eine Anlage gebaut wird (NGF baut eine weitere in Glansager). Das könnten sie, bestätigte Karsten Gram von Landbo Syd: „Die Landwirte machen das mit ganzem Herzen.“ Sie hätten sich vertraglich auf 15 Jahre gebunden. Ist die Anlage voll ausgebaut, verarbeitet sie im Jahr 800.000 Tonnen Biomasse zu Gas (um die 27 Mio. Kubikmeter), das ins Gasnetz eingespeist wird.

Gunder Jensen fragte, ob Bürger das „private Arrangement“ bezahlen? Dem stimmte der Bürgermeister zu. Das täten sie auch, wenn zum Beispiel zur Wirtschaftsförderung Industriegebiete erschlossen oder Maßnahmen zur Infrastruktur durchgeführt werden. Die Ideenphase endet am 30. Januar. Vorschläge und Anmerkungen können an die Kommune geschickt werden.